

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Sonntags. Abonnementssatz durch die Post bezogen vierzehn jährlich 1.50 M. Einzelgepreis die Ehepaar Colonelle für Werbezeitungen 75 Pf. Geschäfts- und Privatansagen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschreiber, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Meinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 21.

Duisburg, den 26. Mai 1917.

18. Jahrgang.

Militärbehörden und Arbeiterschaft

In der Nr. 9, 1197, des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands werden unter obiger Überschrift eingehende Ausführungen veröffentlicht, denen wir durchaus zustimmen. Es dürfte daher wohl angebracht sein, diese Darlegungen auch einem größeren Kreise zugänglich zu machen. Das „Zentralblatt“ schreibt:

In der Nr. 2 des Essener Wirtschaftsfriedlichen Organs „Der Werkverein“ vom 13. Januar 1917 befindet sich eine Ausschreibung, die bisher zu wenig beachtet worden ist. In der angezogenen Nummer schreiben die Wirtschaftsfriedlichen Beter und Mordio darüber, daß sie bei der Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes zu kurz gekommen seien. Wir haben bereits in der Nr. 4 des „Zentralblattes“ dargelegt, daß es unter keinen Umständen möglich war, beim vaterländischen Hilfsdienst die Wirtschaftsfriedlichen anders wie geschehen zu behandeln. Sie können nun einmal nie und nimmer als Vertreter der Arbeiter angesehen und als solche bei entsprechenden Einrichtungen zugelassen werden, weil sie niemals die Arbeiter sondern immer nur die Unternehmerinteressen wahrnehmen können.

Bei den Bemerkungen über ihre vermeintlich zu Unrecht erfolgte Ausschließung bei der Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes ist nun den Wirtschaftsfriedlichen ein sehr interessantes Eingeständnis entschlüpft, das verdient festgehalten zu werden, um im Anschluß daran einmal das Verhältnis der deutschen Arbeiterschaft zu den militärischen Behörden etwas genauer zu betrachten. Die Wirtschaftsfriedlichen lassen sich in dem angezogenen Artikel u. a. wie folgt vernehmen:

„Eine Instanz, bei der wirtschaftsfriedliche Arbeiter unparteiisch gewertet wurden, waren die stellvertretenden Generalkommandos, die auch jetzt wieder (bei der Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes d. W.) in gerechter Weise unsere Bewegung berücksichtigen wollten.“

Aus dieser Ausschreibung geht hervor, daß die Wirtschaftsfriedlichen ihre Interessen bei den stellvertretenden Generalkommandos besonders gut aufgehoben glauben. Wir erinnern uns mancher Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit sowohl wie in der Presse aus der ersten Zeit des Krieges, woraus zu entnehmen war, daß damals die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein sehr großes Vertrauen zu den stellvertretenden Generalkommandos hatten. Derartige Auseinandersetzungen sind mit der fortschreitenden Dauer des Krieges immer seltener geworden. Und nun vernehmen wir nach zweieinhalf Jahren, daß die stellvertretenden Generalkommandos sich das besondere Vertrauen der sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ erworben haben, die von dem übergroßen Teile der deutschen Arbeiterschaft nur als Schädlinge der Arbeiter angesehen werden.

Dieser Vorgang ist immerhin bemerkenswert und es dürfte angebracht sein, den Ursachen dieser Veränderung einmal nachzugehen. Unseres Erachtens dürfte die oben geschilderte Veränderung im Vertrauensverhältnis des größten Teiles der deutschen Arbeiterschaft zu den stellvertretenden Generalkommandos nicht mit Personenwechsel und dergleichen allein ausreichend erklärt sein. Es liegen vielmehr tiefere Gründe vor.

Als bei Ausbruch des Krieges der größte Teil der völkerziehenden Gewalt von den bürgerlichen auf die militärischen Behörden und insbesondere auf die stellvertretenden Generalkommandos überging, da erlangten sich die meisten der militärischen Befehlshaber fast durchweg mit ihren frisch zupackenden und fast immer zutreffenden Anordnungen rasch den fast ungezügelten Beifall aller Gutgesinnten im deutschen Volke. Seder fühlte, der Krieg stellt uns vor harte Notwendigkeiten, aber was da angeordnet wird, ist unbedingt erforderlich. Der Gang der Staatsmaschine mußte eben den Kriegsnotwendigkeiten entsprechend umgeschaltet werden. Durch die lange Dauer des Krieges wurden aber die Aufgabengebiete der stellvertretenden Generalkommandos insbesondere im Wirtschaftsbereich immer mannigfacher. Und wie schon Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ schreibt, daß der beste preußische Landrat seinen Kreis nicht verwalten könne ohne einen tüchtigen Kreisfachberater, so konnten auch die stellvertretenden Generalkommandeure auf die Dauer die Sache nicht allein machen, es mußten

vielmehr für die einzelnen Gebiete ihrer Tätigkeit besondere Dezerenate eingerichtet werden. Wer aber auch nur einigermaßen mit der Organisation militärischer Behörden vertraut ist, wird sich unter allen Umständen darüber klar sein, daß an die Spitze dieser Dezerenate eben nur Offiziere berufen werden könnten.

Und hier liegt nun der Grund begraben. Denn da es sich hier in der Hauptheile um die Bewältigung wirtschaftlicher Aufgaben handelte, war es durchaus nahe liegend, daß hierzu in erster Linie Offiziere berufen würden, die mit dem Wirtschaftsleben so viel wie möglich vertraut waren. Da aber nun aus dem Arbeiterstande unter den heutigen militärischen Berechtigungsverhältnissen wohl gar keine Offiziere hervorgehen, so war die weitere Folge die, daß als Berater und Mitarbeiter der stellvertretenden Generalkommandos in wirtschaftlichen Fragen ganz oder doch zum größten Teile Offiziere herangezogen wurden, die entweder selbst aus dem Kreise der Arbeitgeber hervorgegangen waren oder diesen Kreisen zu mindesten sehr nahe standen. Aus dieser Tatsache muß aber der sehr naheliegende Schluß gezogen werden, daß die stellvertretenden Generalkommandos in allen die Arbeiter betreffenden Angelegenheiten leider nur einseitig beraten sind. Gelegentliche Heranziehungen von Arbeitervertretern zur Beratung der einen oder anderen Sonderfrage waren natürlich in keiner Weise imstande, den Einfluß der ständigen Dezerenate in diesen Fragen auch nur einigermaßen auszugleichen.

Wir sind natürlich die allerletzten, die irgendwie den Militärbehörden zutrauen, daß sie den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft bewußt zuwiderhandeln. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die militärischen Oberbefehlshaber, mag ein einzelner sich auch mal in wirtschaftlichen Dingen ziemlich oder sogar sehr gut auskennen, in ihrer Gesamtheit in erster Linie in militärischen Dingen Autorität sind, während sie in wirtschaftlichen Dingen nicht ohne zwingenden Grund der Meinung ihrer sachkundigen Berater zuwider handeln werden. Diese sachkundigen Berater entstammen aber, wie oben dargelegt, entsprechend unseren heutigen militärischen Verhältnissen, durchweg einer ganz bestimmten Bevölkerungsschicht. Und zu diesen Kreisen haben, wie bekannt, die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen von Anfang ihres Bestehens an sehr gute Beziehungen gehabt. Wie innig diese Beziehungen sind, geht daraus hervor, daß noch vor einigen Monaten in einer rheinischen Großstadt (Essen) ein Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen, nachdem die Wahl desselben bei allen Parteireihungen in der dritten Abteilung nicht glücken wollte, von dem kleinen, ganz exklusiven Kreis der Kommerzienräte, Fabrikdirektoren usw. als Vertreter der ersten Abteilung ins Stadtverordnetenkollegium gewählt wurde.

In den oben geschilderten Ursachen ist unseres Erachtens in allererster Linie der Grund zu suchen, warum gerade die „Wirtschaftsfriedlichen“ heute ein so besonderes Vertrauen zu den stellvertretenden Generalkommandos haben. Wir betonen nochmals, daß wir eine bewußte Hintanschaltung der berechtigten Interessen der Arbeiterschaft bei den stellvertretenden Generalkommandos wie bei allen militärischen Instanzen für ausgeschlossen halten. Aber kein Mensch kann eben aus seiner Haut. Und wer nur mit ein wenig Personenkenntnis sich den wirtschaftlichen Stab insbesondere derjenigen Generalkommandos einmal anschaut, in deren Bezirk die wichtigsten Industriegebiete unseres Vaterlandes liegen, der wird sich über die oben angeführten besonderen Vertrauensäußerungen der sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ durchaus nicht wundern. Der wird sich auch manche in der letzten Zeit ergangene, sonst schwer zu verstehende Anordnungen einzelner Generalkommandos ohne weiteres erklären können.

Wir können diese Entwicklung im Interesse unseres deutschen Vaterlandes nur bedauern. Denn das deutsche Volk kann es insbesondere in der gegenwärtigen Zeit nicht vertragen, daß das Vertrauen weiter Kreise zu den militärischen Kommandostellen auch nur im geringsten erschüttert wird. Die „Wirtschaftsfriedlichen“ werden nun mal von dem übergrößen Teile der deutschen Arbeiterschaft als Schädlinge angesehen, weil sie eben nie und nimmer die Interessen der Arbeiter sondern nur die ihrer Geldgeber, der Unternehmer vertreten können. Aus diesem Grunde können besondere Vertrauenskundgebungen dieser „Wirtschaftsfriedlichen“ zu den Militärbehörden von den deutschen Arbeitern nur sehr unliebig empfunden werden. Und

deshalb sollen insbesondere die stellvertretenden Generalkommandos im Interesse des deutschen Volkes diesem auf die Dauer ganz unhaltbaren Zustand möglichst bald ein Ende machen. Dem neu geschaffenen Kriegsamt und seinem Chef, Generalleutnant Grüner, zu dem die gesamte deutsche Arbeiterschaft volles Vertrauen hat, steht hier ein sehr dankbares Feld der Tätigung offen.

Der Arbeiterschaft aber liegt es ob, durch stetige und unentwegte Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen den unheilvollen Einfluß der „Wirtschaftsfriedlichen“ möglichst bald auf den Nullpunkt herabzudrücken.

Fragen der Friedenswirtschaft.

Noch liegt in diesem Dunkel die Zukunft des Weltgeschehens. Wohl hegen wir die feste Erwartung, daß wir aus dem großen Völkerringen als Sieger hervorgehen werden. Über, wie unser Wirtschaftsleben, die Grundlage des Daseins unseres Volkes, aussieht wird, wenn die Friedensarbeit das Waffenhandwerk abläßt, darüber läßt sich heute noch nichts unbedingt bestimmtes sagen. Von Lösungen der sich uns hier austuenden Fragen können wir darum heute noch nicht reden, wir können nur die Probleme aufzeigen und Vermutungen aussprechen, hinsichtlich denen genaue Kenntnis des Wirtschaftslebens im allgemeinen und des deutschen im besonderen, schärfere kritischer Blick und große Erfahrung allerdings einen trefflichen Wegweiser in das Reich unserer wirtschaftlichen Zukunft abzugeben vermögen.

Wenn man auf Grund dieser Beschränkungen an die Probleme der Friedenswirtschaft herangeht, wie sie der Präsident der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und einer der Hauptabkömmlinge unserer Kriegsruhestofforganisation, Walther Rathenau, in einem eben erschienenen Schrift (Bln. S. Fischer), entwidelt, so erscheinen diese doch immer konkret genug, um in ihrer ganzen Größe, aber auch in ihrer vollen Bedeutung erkannt zu werden. Für die Betrachtung der uns nach dem Kriege erwachsenden Hauptaufgaben geht R., um möglichst sicher zu schätzen, von drei für uns sich ergebenden wenig günstigen Voraussetzungen aus: von einer gewaltigen Berringerung unseres nationalen Vermögens infolge der Werteverzehrung durch den Krieg, von einer umfassenden Verschiebung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schichtung infolge der Vermögensverschiebung und von einer erheblichen Störung unserer Wirtschaft durch Beschränkung unseres Verkehrs und unseres Handels mit dem Ausland. Daraus ergibt sich dann für unsere Friedenswirtschaft die dreifache Aufgabe: Wiederherstellung unseres Vermögens; Wiederherstellung unserer Ordnung und endlich Wiedergewinnung derjenigen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit, deren wir namentlich auch im Verkehr mit dem Ausland bedürfen.

Die Verwirklichung der beiden ersten Aufgaben gibt es vornehmlich Maßnahmen zu treffen auf drei Gebieten: Der Materialwirtschaft, der Arbeitswirtschaft und der Kapitalwirtschaft. In der Materialwirtschaft, bezüglich deren uns der Krieg nach so mancher Richtung ein neues Denken gelehrt hat, uns neue Erfindungen und Erfahrungen hat machen lassen, müssen die Grundätze, nach denen wir zu tunstig zu handeln haben, lautet: „Nichts vergessen, alle Quellen erschließen, unabhängig werden vom Ausland!“ Mit besonderem Nachdruck betont R. die Notwendigkeit der Einschränkung des Auslands, den er in seinen entbehrlichen und überflüssigen Erzeugnissen als gewaltigen Verlust unserer produktiven Wirtschaftsbrandmarkt, und zu dessen Einschränkung neben Erschwerung der Einfuhr durch Zölle und der inländische Produktion durch Abgaben ebenfalls eine entschiedene Staatsbesteuerung verlangt. Hinsichtlich der Arbeitswirtschaft verfügt R. den Grundatz der rationalen Gestaltung der Material- und Arbeitskräfteverwendung sowie der Betriebseinrichtung sowohl im Gewerbe als auch besonders im Handel. Dem Bedenken einer hier eintretenden Konzentration ständen gegenüber eine vermehrte Produktivität der Betriebe sowie eine Verbesserung der Produkte für den Konsum.

Für die Kapitalwirtschaft steht R. den Wahlprinzip auf: „alle Mittel zusammenhalten und sie gerecht verteilen.“ Zu diesem Zweck darf das Kapital in Zukunft nicht mehr ohne weiteres frei erhalten und

walten. Dem Ausland soll Geld nur zugeführt werden dürfen, denn daraus große nationale Vorteile entstehen. Wird man auch das Gründen, Finanzieren und Emissieren von Wertpapieren fernhalten so ganz der freien Mittel überlassen dürfen? Besonders wichtige Ausgaben erlauben und im Interesse einer sozialen Vermögenssummierung auf steuerlichem Gebiete. Finanzreformen in früheren Zeiten waren bei dem gegenwärtigen Anreicherungswachstum Bedarf nicht mehr hessen. Man wird sich schari zugreifen müssen, wozu sich zwei Wege bieten: "entweder es werden die Renten angeschritten oder das Vermögen." Unabhängig davon werde eine stärkere Besteuerung des Einkommens unseres nach dem Kriege sozialer gewordenen Gewinns nur entsprechen. Gmeins ge- rechtfertigter Schonung der Erbschaft ist das Erbschaftswesen stärker zu treffen. Alle indirekte Steuerquellen würden Vier und Tabak fast herhalten müssen; maßgebend dafür müssten sein Rückläufe der Erhaltung unsrer nach dem Kriege drängst notwendigen Volkswirtschaft.

Die Monopole will R. weniger wegen ihrer etwaigen Steuereinträge herangezogen wissen, denn als Mittel zu anderem Zweck, als gewisse Retorsionsmittel gegen mögliche Erholungsmaßnahmen unserer Gegner gegen unsere Volkswirtschaft und deren Auslandsbetätigung. Gegenüber Optimisten, die die seindlichen Pläne wider unseren Handel und unsere Industrie weniger ernst einschätzen, ist R. doch der Meinung, daß wir bei der Weisheitsverfassung unserer Feinde sowie angesichts deren durch den Krieg berücksichtigten Vernichtungszielen doch weniger vertrauensvoll sein sollten. Auch wenn, so meint er, wie die verliegerten Drohungen und Wirtschaftskonferenzen ihren Wert nach einschätzen, so bleiben immerhin genügend Gedanken übrig gegen eine einigermaßen vollständige Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Beziehungen. Ein außerordentlich starkes Druckmittel gegen das Ausland bestehen vorjo z. B. in unserem Fall u. a. Mit gleicher Stärke wie etwaiger Produktionsmonopole kann sich der Staat der Einführungsmopole bedienen; und er wird offen Anfang dazu haben, sofern es nicht bei Friedensschluß gelingt, zwei Dinge zu sichern: erstmals die Unterdrückung jeder gesetzlichen Wiederaufsetzung für Rohstoffe, zweitens das Verbot jeder Nachforschung nach dem Ursprung einer Ware." Das aber sind zwei Hauptpunkte mit, auf die sich die gegen uns gerichteten Wirtschaftspolitik der Entente zuspielen.

* * *

In der Tat würden wir in bestimmten Monopolen ein wertvolles Mittel zur Abriegelung wirtschaftlicher Schädigungsmaßnahmen unserer Feinde besitzen, dessen Bedeutung uns gerade das Beispiel des Kali zu demonstrieren geeignet ist. Gegenüber dem Einland, das unser Gegner bestreit sein könnten, für das ihnen fehlende Kali Erfolgschancen einzufindig zu machen, hat der Krieg die Probe ausgeworfen gemacht. Insbesondere in Amerika sagten die Sandsteine nach Kali und die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Ressourcen der geologischen Landesaufsuchung ausgebaut, halbheilige Mineralien nachzuholen oder aufzutunken. Der Erfolg war so gut wie Null: mit ein Sechstel der normalen Einfuhr konnte im Ende hergestellt werden. Das gleiche gilt für die übrige Welt: nirgends hat man einen Erfolg für das benötigte Kali finden können, obwohl der Preis sich mehr als verzeichnet hat. Daraus folgt, daß die Gefahr der Erfolgschancen nicht besteht, und daß wir häufig mit dem Verlustpreis für unser Kali dem Ausland gegenüber bis zu der Höhe gehen kön-

Ranodisierung des Mains.

Die Kanalisierung des Mains von seinen Mündungen bis nach Frankfurt und danach bis Lübeck hatte den Verlauf des Jahres 1887 von 500 000 Tonnen bis zum Jahre 1913 auf 3 656 000 Tonnen gesteigert. Dies günstige Ergebnis veranlaßte die Main-Uferstädte, die Ausdehnung des Staats Stromabwärts fortzusetzen, und zwar zunächst bis Elsflethenburg. Dabei fiel Breitenbach die Größe zu und die Regierung der Republik nach Kali und die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Ressourcen der geologischen Landesaufsuchung ausgebaut, halbheilige Mineralien nachzuholen oder aufzutunken. Der Erfolg war so gut wie Null: mit ein Sechstel der normalen Einfuhr konnte im Ende hergestellt werden. Das gleiche gilt für die übrige Welt: nirgends hat man einen Erfolg für das benötigte Kali finden können, obwohl der Preis sich mehr als verzeichnet hat. Daraus folgt, daß die Gefahr der Erfolgschancen nicht besteht, und daß wir häufig mit dem Verlustpreis für unser Kali dem Ausland gegenüber bis zu der Höhe gehen kön-

Mittels dieser Einsparungen und durch verhältnismäßig geringe Etagenrungen wird eine Spülfeile von 3,5 Meter hergestellt.

Die Stütze vorbei daran Schleppgässchen von 300 Metern zahlbarer Länge und 12 Metern Breite hergestellt, zu beiden ausreichend breite Unter- und Oberwasserkanäle führen, deren Höhenlagen mit Elektroplanungen festgelegt sind.

Für den Verkehr der Güter, davon soll im Jahre 1913 etwa 1500 befähigt, und auf der gegenüberliegenden Süduferseite Flößkanal mit einer 1,70 Meter Breite hergestellt, deren 12 Meter hohe obere Dehnung für gegebenenfalls durch ein Stromschlucht verhindert ist.

Der Flößkanal und der Flößkanal ist ein Schleppgässchen eingerichtet.

Die Stütze ist dem Strom und in drei Dehnungen verlegt. Zum dichten sind eine von 40 Metern Breite und Länge des Flößkanals, — welche bei einem bestimmten Flößpunkt erzielt, um den Flößkanal den gegen Flößgässchen passende Höhenlage zu geben, die Stütze ist dem Strom und in drei Dehnungen verlegt.

Die Schleppgässchen werden überall durch elektrische Etagenrungen abgetrennt, welche bei 4 Meter Höhe ein Schnitt von 128 Tonnen erzielen. Die Stütze

ist, wo der Mehrvertrag der Ersten durch den Preis des Kali aufgehoben werden würde. Diese Grenze steigt aber um so höher, je knapper wir die Welt am Kali halten, wie das ja in der Natur eines jeden Monopols liegt. Wir haben also allen Grund, mit diesem Schlag, wie er nur einmal in der Welt vorhanden ist, haushälterisch umzugehen, wie es uns durch die Rücksicht auf die künftigen Geschäftsräume unseres Volkes ohnehin geboten ist. Gleichzeitig aber haben wir durch die Verwaltung dieses Schlags ein Mittel, jeder feindlichen Betätigung des Auslandes, sei es unserer Feinde, sei es der mehr oder weniger wohl- oder übelwollenden Neutralen, gegen unseren Handel im künftigen Frieden durch einen Druck auf unseren Kali zu die Spitze abzubrechen. Es wird also für uns durch die Rücksicht auf Reich und Volk bestimmte Politik nach dem Kriege darauf ankommen, daß auch nicht der geringste Nebenfluss seinen Weg nach dem Auslande finden kann. Nur so werden wir diese machtvolle wirtschaftliche Waffe fest in der Hand haben.

ralig der Ansicht zusammen können, daß in den Friedensjahren noch dem Kriege in höherem Maße dem bisher schon in welchem Umfang anerkannten Weg: Wirtschaft ist nicht mehr Sache des Einzelnen, sondern Sache der Gesamtheit — Geltung zu verschaffen sein wird. Aber wie bisher kann auch in Zukunft dieser Weg nicht absolut wirksam, sondern auch dann müssen ihm bestimmte Grenzen gezogen sein.

Dies ist insbesondere auch bei der Gestaltung unserer Wirtschaftsbetriebe ins Auge zu fassen. Der an sich berechtigte Grundsatz, nach dem Kriegs volkswirtschaftliche Riese mit dem geringen Aufwand an Arbeit, Material und sonstigen Kapital zu erzielen, sollte doch nicht dazu führen, über bestimmte ethische Momente und Empfehlungen bewußt hinwegzublicken und etwa unsere Volkswirtschaft nach abstrakten Theorien rein mathematisch zu organisieren. Eine rücksichtslos geförderte Konzentration unserer ganzen Volkswirtschaft schließt ohne Zweifel nicht bloß für die in erster Linie davon betroffenen Kleinern und mittleren Betriebe, also für den selbständigen Mittelstand, sondern auch für die Arbeitnehmer unerträgliche Nachteile und Gefahren in sich. Dass ihnen der bisher ohnehin schon außerordentlich erschwerete Aufstieg zu selbständigen Stellungen so gut wie unmöglich gemacht wird, sei nur nebenher erwähnt. Um so mehr fallen als Folgen einer steigenden Konzentration des Großbetriebes zu Interessengemeinschaften und Kartellen eine vermehrte Macht dieser und eine machende Abhängigkeit in dem dadurch zugleich immer unverhinderbar werdenden Arbeitsverhältnis des Arbeiters zu dessen Ungunsten ins Gewicht.

Wir möchten bloß diesen einen Gesichtspunkt herausheben haben, um zu zeigen, Welch vielseitige Rücksichten bei der Ausrichtung unserer Volkswirtschaft mitzuwirken, und wie vorsichtig und mit welcher Überlegung aller zu erwartenden Vorteile und Nachteile dabei zu Werke gegangen werden muss. Der praktische Volkswirt wird dabei von einer größeren Verantwortung sich belastet fühlen als der Wirtschaftsphilosoph, dessen Aufgabe es ja auch weniger ist, zu sagen, was unbedingt sein soll, als was im Wachsen und Werden ist.

Die Arbeitnehmer sollten auch und allgemein den Schluss ziehen, daß sie auch nach dem Kriege der Berufsorganisation erst recht nicht entbehren können. Sie, die sie zu einem geschlossenen Vertragsgang zusammenführen, gibt Ihnen allein Gewähr, daß bei der Wiederauflebung unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege und dem dann erneut eintretenden Widerstreit der Interessen, ihre besonderen Berufs- und Standesinteressen nicht zu Letztem kommen.

Allgemeine Kunststücke

Brief—Liedzug.

Die Bedeutung des Erzbades von Wiesbaden behobelt, wie wir der Ab. 88. Btg. entnehmen, Professor Dr. Frey in der Umschau (Frankfurt a. M.) In den modernen Kriegen hat sich gezeigt, daß zum Kriegsführen nicht nur Geld gehört, sondern vor allen Dingen auch Eisen. Dass wir das zum Kriegsführen nötige Eisen besitzen und auch bereit und gewillt sind, es dem Vaterlande in der notwendigen Höhe zur Verfügung zu stellen, hat mit aller wünschenswertesten Deutlichkeit einmal wieder den überaus glänzenden Erfolg der sechsten Kriegsleitung bewiesen. Leider war es mit dem Eisen bei uns nicht

ausreichend der flüssigen Eisenproduktion! Insbesondere auch vom Standpunkt der Arbeit aufgeman zu fordern, daß sie dem Grundzweck des möglichsten Vermögensausgleiches sowie einer geplanten Schaffungsschichtung entsprechend, sozialen Gesellschaften in entschiedener Weise Rechnung trägt. Um hierfür eine geeignete Grundlage zu schaffen, ist nach Friedensschluß aber besser nach früher bei Festsetzung der Friedensbedingungen mit allen Mitteln darum hinzuarbeiten, die deutsche Volkswirtschaft auf wieder zu neuer Höhe zu bringen. Man wird dabei

werden so bald erforderlich gerufen, daß eine für die Schiffahrt ausreichende Durchfahrtshöhe geschaffen wird. Die gleiche Sache gelingt bei den Seitenöffnungen der Wehr an Wiesbaden, Kassel und Groß-Gerau-Burg zur Anwendung, weil die Staustufen mit Wasserstraßenkanälen verbunden werden, und darum die Wasserstraßen bei ihnen tatsächlich gehoben werden müssen. Die Staustufen der übrigen Staustufen werden mittels Radwege verfüllt.

Während das Königreich Sachsen für den Bau des Staudamms 22,5 Millionen Mark aufzubringen, werden die Kosten der benötigten Ausbauleistungen 5,2 Millionen Mark betragen. Außerdem aber werden 6,3 Millionen Mark benötigt für die Anlagen zur Herstellung der Wasserkraft, um beiden 30 Millionen Kubikmetern je Jahr geboten werden.

Die Herstellung dieser Wasserkraft erfolgen um so günstiger, als durch die Stufen an der Oberfläche zu bewältigen und an den Wasserstraßen zu überwinden bereits bedeutende Wasserstraßen gebauten werden und, mit denen die Wasserkraftanlage zu gegenüberliegender Beschaffung und Entwicklung bereitgestellt werden können, um die Viehtriftsversorgung in einem breiten Landesbereich herzurichten, bestehend von dem Main über Nidda und darüber das Wetter.

Seine Strom-Staustufen haben in einem Stromweiter Platz, der bei 78 Meter Länge eine Breite von 18 Metern erfordert. Eine auf dem Stromweiter angebrachte Wasserkraftanlage nimmt die Generatoren auf, durch welche die Wasserkraft in elektrische Energie umgesetzt wird. Eine Stromversorgungsbetriebsanlage 6000 Volt beträgt und die mit 50 000 Volt Spannung verbündet wird. So benötigten Gebäude werden nun Räume für die Transformatoren, für die Speisemaschinen, für Werkstätten sowie für Wohnen und Dienststellen.

Die Stromversorgung kann in einzelnen Abhängigkeiten bestehen, daß zeitig ein ausreichender Stromversorgungsraum für den Übergang des Hochwassers freihält. Bereits wurden im Sommer 1914 die Stromleitungen begonnen, welche im

Winter 1916/17 in Betrieb genommen werden können. Im Frühjahr 1915 wurden die unzeitigen Nebenflüsse der Wehr mit der Flößtröhre und dem Flößkanal in Angriff genommen. Im Frühjahr 1916 konnten die aus älteren Spundwänden bestehenden Unterführungen dieser Bautelle beseitigt werden. Es folgte darauf die Ausführung der ersten Abdichtung mit dem Turbinenpfeiler. Mit dem Einbau der 40 Meter langen Wehrwalze der Schiffsleitung soll die Bauausführung abgeschlossen werden. Daraus ergibt sich daraus erkennen, daß allein für das Wehr einer jeden Staustufe 140 000 Kubikmeter Boden benötigt werden müssen, daß 22 000 Kubikmeter Beton zu bereitstellen und einzubringen sind, von denen 2000 Kubikmeter mit Eiseneinlagen von 160 Tonnen Gewicht verarbeitet werden, und daß 7500 Kubikmeter Sandsteine zur Umkleidung der Betonmassen dienen. Das Gewicht der drei Wehrwalzen einer jeden Staustufe beträgt 268 Tonnen; ein Zement sind für jede Staustufe 10 000 Tonnen erforderlich. Der tägliche Bedarf an Arbeitskräften beläuft sich für jede Staustufe auf 150 bis 180, und für jede Wehranlage auf etwa 250 Arbeiter.

Zähren Hochwasser oder Flutgang nicht willige Einbürger herbei, so wird die Bauausführung trotz der Kriegsbedingungen im Frühjahr 1918 vollendet werden. Die im dritten Jahre darüber hinaus haben eingedrungen der ungewissen Anforderungen, welche sie an die Festigkeitsfähigkeit des deutschen Volkes stellen, es nicht bewußt, dass Fortgang dieses Kriegsverlaues zu rücksicht. Neben den gewöhnlichen Wassertypen wird die Schaffung bedenksamer Sicherheitswege unentbehrlich betrieben. Ein Blick in die Karte dieses deutschen Volksvermögens bildet der Mainstraße vom Offenbach bis Elsflethenburg, durch welches der Fluss beschafft wird, statt Schiffe von 150 Tonnen Tragfähigkeit solche von 1500 Tonnen Fassungsvermögen anzunehmen. Gleichzeitig werden der Subsistenz und der Landwirtschaft Kräfte von 30 Millionen Kubikmetern durch billigen Preisen zur Verfügung gestellt, und es wird dem Wahlkreise eines großen Landgebietes eine erhebliche Förderung zuteilen.

ebenso glänzend bestellt. Professor Dr. Frech zeigt in seinen hochinteressanten Darlegungen die Bedeutung des Eisens als Machtmittel insbesondere im gegenwärtigen Kriege und wie außerordentlich wichtig es für uns war, daß wir das sehr reiche französische Erzgebiet von Briech-Longwy gleich zu Anfang des Krieges besitzen könnten. Im Frieden hatte Deutschland einen recht beträchtlichen Teil seines Bedarfs an Eisenenergen eingeschöpft. Dieser Ausfall konnte nun gedeckt werden durch die von uns besetzten Gebiete von Longwy und Briech. Französisch-Lothringen hat demnach im Weltkrieg für unsere Verteidigung die gleiche Bedeutung, die Oberschlesien 1813 für uns hatte. Sehr interessant ist auch, was Professor Frech über die Zukunft dieses Gebietes aussagt. Er steht auf dem Standpunkt, daß wir es behalten müssen. Ein französischer Schriftsteller, General Malteire, hat darauf hingewiesen, daß das Lothringische Erzbeden zu den unumgänglichen wirtschaftlichen Bürgschaften gehören, wie Frech dasselbe in anderen Worten ausdrückt: Das Lothringische Erzrevier muß in einer Hand sein, da die jetzige Habsierung eine völlige Verstörung belder Häfen beim Beginn eines künftigen Krieges mehr als wahrscheinlich macht."

Aber was die Franzosen erst erobern wollen, das halten wir fest in unserer Hand. Ganz neu dürfte es in Deutschland sein, daß die französischen Hüttenleute die „Befreiung“ von Elsaß-Lothringen für einen schweren Fehler halten. Der Grund hierfür ist der, daß Frankreich nicht in der Lage wäre, aus Mangel an Gold die Erze auszuschmelzen, und dadurch würden nach Meinung der französischen Schwerindustriellen Frankreich in eine „außerordentlich bedeckliche Lage“ kommen. Frankreich war schon in Friedenszeiten nicht fähig, seine Erzvorräte selbst aufzuarbeiten und mußte Erze einführen. Würden nun Briech und Longwy an Frankreich zurückfallen, dann wäre die Folge nur die, daß Frankreich an unsern bösesten Feind, an England Eisen aus liefern könnte. Datum kommt Professor Frech nicht als Politiker, sondern als Wissenschaftler zu folgendem Schluß: „Ein zukünftiger Krieg ist für Deutschland nur unter zwei Voraussetzungen möglich: Entweder wir beherrschen das Weltmeer und verfügen damit über jede Art der Zufuhr, oder wir behalten Französisch-Lothringen.“

Diese Darlegungen decken sich in allem wesentlichen mit dem, was wir bereits in der Nr. 12 unseres Bandesorgans vom 24. März 1917 unter der Überschrift „Schicksalfrage“ zu diesen Dingen ausgeführt haben. Da die Beherrschung des Weltmeeres und damit die Sicherung jeder Art der Zufuhr nicht so einfach zu erreichen sein wird, dürfte uns nichts anders übrig bleiben, als mit allen Mitteln dahin zu streben, daß das Eisen erzgebiet von Longwy-Briech fest in unserer Hand bleibt.

August Thyssen.

Am 17. Mai beging der Grafindeutsche August Thyssen seinen 75. Geburtstag. Unter den Industriekapitänen nimmt er eine eigene Stellung ein, denn er hat das gewaltige Städte deutscher Industrie, das er lebt, nicht von seinen Vorfahren übernommen, sondern selbst geschaffen und zu der Höhe geführt, auf der es jetzt steht. Diese ungeheure Leistung erscheint erst im rechten Lichte, wenn man bedenkt, daß die Firma Krupp über drei Menschenalter gebrauchte, um sich ihre jetzige Stellung zu erringen. Thyssen schuf in fünfzig Jahren seinen Konzern, der in der ersten Reihe der deutschen Montanindustrie steht. In Duisburg begann der 25-jährige im Jahre 1867 im Buddel- und Eisenwalzwerk Thyssen, Trossen u. Co. seine industrielle Laufbahn, der er sein ganzes Leben widmete und mit angestrengster Energie und Tüchtigkeit erfolgte. Thyssen gehört noch zum alten Schlag der Industriekapitäne, die lieber mit Stolz der erste Arbeiter als der letzte Graf sein wollten. Arbeiter ist er seiner Tage bis zur heutigen Stunde geblieben; man hat ihn geradezu den „Fanatiker der Arbeit“ genannt. Diese Arbeit und sein Weltblick in industriellen Kämpfen und neuen Gründungsanstalten ermöglichten ihm, in einer so kurzen Spanne Zeit seine Werke und Handelsorganisationen zu schaffen. Der Aufschwung des gesamten Wirtschaftslebens nach dem Kriege von 70/71 veranlaßte ihn, in Mülheim-Ruhr ein Eisenwerk anzulegen, auf dem ungefähr 70 Arbeiter beschäftigt waren. Als der Buddebetrieb durch das Siemens-Martin-Verfahren verdrängt wurde, war Thyssen einer der ersten deutschen Industriellen, der es angriff. In gleicher Weise erfaßte er sofort die Schweissenbearbeitung durch die Flaschenverarbeitung und die alten Walzenstrichen durch die neuen Schnellstrichen. Von Mülheim aus ging er mit eiserner Energie seine Wege zum Aufbau seiner Werke und zur Herrschaft des Weltmarktes. Das Thyssensche Industriegerüste umfaßt rund 60 000 Arbeiter, die hauptsächlich in den Eisenwerken und Zechen zu Mülheim, Hamborn-Wilhelmsburg und den lothringischen Hüttenwerken beschäftigt sind. Der Durchschnitt auf den Thyssen-Werken betrug 1914: 1,9 Millionen Tonnen Roheisen, 1,8 Millionen Tonnen Rohfahlproduktion, 5 Millionen Tonnen Kohlenförderung, 1,5 Millionen Tonnen Kohleerzeugung. Eine beträchtliche eigene Rhein- und Seeflotte vermittelte den Güterverkehr und sein Rheinhafen Walsum kommt an Umschlag mit rund 5 Millionen Tonnen sofort hinter den großen Rheinhäfen Duisburg und Mannheim.

Wir als Metallarbeiter sehen ebenfalls in August Thyssen einen Mann des raschen Schaffens und Ringers, eine Verkörperung deutscher industrieller Macht.

Wenn jetzt Millionen deutscher Arbeiter und auch die Metallarbeiter in der Industrie Auskommen und Verdienst finden, so ist das eine Folge der steten wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und dazu hat August Thyssen ein mächtig Teil beigetragen. Dem Führer einer großen Industriegruppe können auch wir einen glücklichen Lebensabend, der verschont wird durch das volle Bewußtsein eines Daseins voll Kraft und unablässiger eiserner Pflichterfüllung.

Wie ist für einen Unfallverletzten während der ersten 13 Monaten gesorgt?

Ist eine Person verunglückt, so erhält sie in der Regel während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall von der Berufsgenossenschaft keine Entschädigung, denn die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft beginnt gewöhnlich erst mit der 14. Woche. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß der Verletzte 13 Wochen lang ohne Entschädigung bleibt. Auch während der ersten 13 Wochen ist für ihn gesorgt, nur daß ihm die Versicherung von der Krankenkasse zuteilt wird. Hier ist die Versorgung aber nicht gleichmäßig für alle Arbeiter, es kommt vielmehr auf den Betrieb an, in welchem sich der Unfall ereignet hat und ob der Verletzte einer Krankenkasse angehört oder nicht. Ist er Mitglied einer solchen, dann hat er mindestens Anspruch auf die Regelstellungen derselben, also auf Krankenpflege und Krankengeld. Die Krankenpflege umfasst: „Arztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei, sowie mit Brillen, Bruchbändern und anderen kleinen Heilmitteln.“ Das Krankengeld wird mindestens vom 4. Krankheitstage ab gewährt und beträgt wenigstens die Hälfte des Grundlohnes. Am Ende der Krankenpflege und des Krankengeldes kann freie Kurz- und Verpflegung in einem Krankenhaus zugelassen werden; dabei wird den Angehörigen ein Haushalt im Betrag des halben Krankengeldes ausbezahlt. Diese Leistungen sind den Verletzten mindestens zu gewähren. Der unfallverletzte gewölbliche Arbeiter erhält aber noch mehr. Für ihn wird das Krankengeld vom Beginn der 5. Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche auf mindestens $\frac{1}{2}$ des Grundlohnes erhöht (sogenannter Unfallzuschuß). Wenn die Krankenkasse ohnedies schon ein Krankengeld von mindestens $\frac{1}{2}$ des Grundlohnes oder gar noch mehr gewährt — die Krankenkasse kann nämlich durch Satzung das Krankengeld bis auf $\frac{1}{4}$ des Grundlohnes ohne Weiteres erhöhen — dazu bekommt der Versicherte von dem eigentlichen Unfallzuschuß nichts zu spüren, weil dann dasjenige, was dem Versicherten durch die Unfallversicherung zugestellt werden soll, allen Versicherten zu gute kommt. Wenn ein gewölblicher Arbeiter aus irgend einem Grunde zur Zeit des Unfalls keiner Krankenkasse angehört hat, so erhält er dennoch während der ersten 13 Wochen die oben aufgeführten Regelstellungen, insbesondere auch den Unfallzuschuß von der 5. Woche ab, aber nicht von der Krankenkasse, sondern vom Unternehmer. An der Höhe des Krankengeldes tritt dann allerdings eine Abänderung ein, denn es gilt als Grundlohn für die Berechnung des Krankengeldes der Ortslohn des Beschäftigungsortes, während bei Krankenmitgliedern der Grundlohn der Krankenkasse gilt.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben zwar auch Anspruch auf Krankenpflege und Gewöhnung eines Krankengeldes während der ersten 13 Wochen; einen Anspruch auf den sogenannten Unfallzuschuß vom Beginn der 5. Woche ab haben sie jedoch nicht.

Dass die Berufsgenossenschaften auch schon vor Ablauf der 13. Woche eintreten müssen, kann vorkommen; es ist dies dann der Fall, wenn das Krankengeld aus besonderen Gründen vor Beginn der 14. Woche wegfällt, die Erwerbsunfähigkeit aber über diese Zeit hinausdauert. Außerdem ist die Genossenschaft berechtigt, schon in den ersten 13 Wochen die Heilpflege für den Verletzten zu übernehmen. Sie kann bereits innerhalb dieser Zeit ein Heilverfahren eingetreten lassen, den Betroffenen in einer Heilstätte unterbringen usw. Es wird sogar im Interesse des Versicherten sowohl, als auch der Genossenschaft sein, wenn letztere frühzeitig mit der Übernahme des Heilverfahrens beginnt, denn erfahrungsgemäß heißen Verleihungen umso schneller, je früher eine gründliche Behandlung Platz greift.

S. 23.

Der Sieg des deutschen Arbeiters.

Die deutsche Arbeiterschaft, die seit Jahren um ihre Gleichberechtigung kämpfte, hat insgesamt wie kein zweiter Stand die lebte Kraft für den Schutz des Vaterlandes hingegeben, daran ändern auch die an sich bedauerlichen Vorfälle in einigen Berliner Betrieben kein Sota. Während die englische Arbeiterschaft zu Beginn des Krieges die Not des Landes nur benutzt, um möglichst viel herauszuschlagen, gleichviel ob es gerechtfertigt war oder nicht, hat die deutsche Arbeiterschaft die Waffe des Streiks besetzt gelegt, um dem Vaterlande beizustehen und mitzuhelfen an seiner Verteidigung. Keiner hat den Wert des deutschen Arbeiters besser erkannt als der gummifeste unserer Gegner, der englische Kanzler Lloyd George. Im September 1915 hielt er — laut Vorwärts, Nr. 129 — eine Rede, in der er die Kriegslage behandelte und den Verlauf des Krieges bis zum Stocken des russischen Vormarsches gegen die Karpaten schilderte. „Weshalb hat dieser Vormarsch aufgehört?“ fragte er, und Antwortete die Frage dahin:

„Der deutsche Arbeiter trat auf. Die organisierte Arbeiterschaft trat auf den Plan. Sie arbeitete und arbeitete, ruhig, anquärend, gewissenhaft, ohne Streik, ohne Einschränkung, ohne Vorbehalt, Monate und Monate hindurch, durch den Herbst, den Winter, den Frühling. Dann kam die furchtbare Lawine aus Flugeln und Granaten, die die russischen Heere brach und sie zurücktrieb. Das war der Sieg des deutschen Arbeiters. Der deutsche Vormarsch in Russland ist der Sieg der deutschen Arbeiterschaft.“

Die deutsche Arbeiterschaft darf stolz sein auf eine solche Strafe aus dem Mund des Feindes. Es wäre

aber auch gut, wenn man sich allgemein in deutschen Ländern mehr des Wertes des deutschen Arbeiters und der Gewerkschaften bewußt würde und nicht erst vom Feinde lernen müßte. Für die deutsche Arbeiterschaft über heißt es, endlich sich auf sich selbst besinnen und nicht zu erlahmen im Kampf um die Rechte. Über alles Ringen ist vergeblich, wenn nicht fest geschlossene Organisationen da sind, die den Arbeitern stärken und ihm Rückhalt geben. Ohne die Gewerkschaften wird die deutsche Arbeiterschaft niemals etwas dauerndes, großes sich erringen können.

Mangelhafter Gemeinsinn.

Was uns Notwendiges hat man in den letzten Wochen von Regierungssseite über den Karosselanbauzug verfügt. Mancher Arbeiter oder Angestellter war froh, wenn er irgendwo einen halben Morgen Land hachsen konnte, um wenigstens einen Teil seiner Bedürfnisse zu decken und die Kommunen haben auch größtenteils bereitwillig Land zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. Nun so eigenartiger berichtet eine Notiz des Tageszeitungen aus dem Südsachsenlande. Es heißt da:

Die Kreisliche Domänenkammer zu Bielefeld, die ausgebildete Überreiche zwischen den Städten Minden und Bielefeld besteht, die in einzelnen Städten Fahrzeitenlang an die Einwohner der verschiedenen ländlichen Gemeinden verpachtet waren, hat einen großen Teil dieses Kreislandes den Pächtern entzogen, unbefestigt gelassen und eine große Wiesenfläche geschaffen, die zu einer geschäftlichen Rennbahn und einem Sportplatz ausgebaut werden soll. Das ganze Gebiet umfaßt 277 Morgen guten Bodens, der früher reiche Erträge an Kartoffeln und Getreide gebracht hat. Diese Landfläche ist jetzt teilweise eingezäunt und dient gegenwärtig u. a. als Schafweide.

Es zeigt wahrlieb nicht von Gemeinsinn der Geschäftlichen Domänenkammer, ausgerechnet in so schwerer Zeit, den kleinen Pächtern das Land zu entziehen, weil es zu einer Rennbahn umgearbeitet werden soll. Von einer Regierungsstelle hätte man ein besseres Verständnis für die Not der Zeit und der kleinen Leute erwarten dürfen. Hoffentlich wird dieser unsoziale, kurzfristige Beschluß geändert.

Lehrverhältnis und Hilfsdienstpflicht.

Auf eine Anfrage hat die Reichsleitung des Kriegsministeriums eine für das Handwerk wichtige Frage gefaßt: Wie bestimmt der Paragraph 127 e der Gewerbeordnung setzt durch das Hilfsdienstgesetz nicht an der Kraft gesetzt werden. Es kann also nach wie vor eine schriftliche Erklärung an den Lehrherrn gerichtet werden, nach der der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder Berufe übergehen will. Dann gilt das Lehrverhältnis nach Ablauf von höchstens vier Wochen als aufgelöst. Ist aber der Betrieb des Lehrherrn ein Hilfsdienstbetrieb im Sinne des Paragraph 2 des Hilfsdienstgesetzes, und der Lehrling selber hilfsdienstpflichtig, so kann der Lehrherr die Erteilung des Abschlußzeuges verzögern. Dies hat zur Folge, daß der Lehrling, will er auf dem Ausscheiden bestehen, sich am Gleichungsausschub wenden muss.

Die Behandlung der Käufer durch den privaten Kleinhandel.

Wie wir der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine entnehmen, bespricht die „Vorwärtszeitung“ in ihrer Nr. vom 28. April 1917 die Parteibranche der Mitgliederzahlen der Konsumvereine und die Ursachen dieser Erfolgslosigkeit. Sie schreibt zu diesem Gegenstand folgendes:

„Bis jetzt hat an dieser Annahme der Mitglieder ein Umstand beigetragen, der im Jahresbericht nicht erwähnt wird. Die in zahlreichen, namentlich kleineren Geschäften geradezu unglaubliche Behandlung der Käufer, die förmlich als lästige Bittsteller angesehen werden, denen man nur nach Laune und Willkür die Waren abläßt. Die einjüngsten Kaufleute sollten sich gegen die Käufer, die sich während des Krieges bei der Bedienung der Bevölkerung gezeigt haben, im eigenen Interesse ihres Standes nicht allem Nachdruck wenden, sonst wird die von ihnen so hart bekämpfte Konsumbewegung sich nach dem Kriege noch weit mehr und nicht blog in den arbeitenden und zentralen Gewerkschaften ausdehnen.“

Diese Bemerkung, schreibt dazu die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“, trifft den Nagel auf den Kopf. Erst nach dem Kriege, wenn die hohe Wucht des Verbrauchs wieder voll zur Geltung kommt, wird den Käufern in noch größerem Maße wie es bisher möglich war, neue Mitglieder zu sichern, denn die Kaufmännlichkeit mit der Behandlung durch den kleinen Kleinhandel ist außerordentlich groß.

Diese Aussicht deckt sich durchaus mit den Erfahrungen, die auch wir auf diesem Gebiete gemacht haben. Das wirksamste Mittel gegenüber dieser ungewöhnlich fertiger Art und Weise, die breiten Kaufmannen die Not der Zeit noch besonders fühlen zu lassen, ist die unermüdliche Stärkung der Konsumgenossenschaften.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche vorab zahlbar sind, so ist für Sonntag den 22. Mai 1917 der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Mai bis zum 3. Juni.

Aus dem Verbandsgebiet

Magdeburg. Auch die Magdeburger Verwaltung sollte nach langer Zeit nochmals die Spalten des Verbandsorgans im Anspruch nehmen, um den Kollegen im weiten Waterlande den Nachweis zu liefern, daß der Verband auf dem hiesigen steinigen Boden den Krieg bis hente gut überstanden hat und auch weiterhin überstehen wird. Die hiesigen Mitglieder hatten sogar den Mut, mitten im Kriege die Volksbeiträge von 15 auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen und erfolgte die Zustimmung der Mitglieder nach vorheriger gründlicher Ausklärung einstimmig.

Neue und wichtige Aufgaben brachte das Hilfsdienstgesetz den Gewerkschaften. Für jeden Sozialpolitiker war es eine Freude, zu sehen, wie die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen die Streitart begruben und das Interesse des Waterlandes und des gesamten Arbeitersstandes an die erste Stelle rückten. Die sämtlichen Zentralvorstände haben auf diesem Gebiete vollständig ihre Pflicht erfüllt, aber leider finden sich bei den Lokal- resp. Bezirksvorständen Deutsche, für welche die Anweisungen der Zentralvorstände keine Gültigkeit haben. Zu diesen Widersprüchen gehörten nun auch die Magdeburger freien Verbände.

Bei der Bezeichnung der ständigen Ausschüsse bei den Schlichtungsämtern waren sie nicht zu bewegen, den anderen Organisationen ihre Rechte einzuräumen; besonders die christlichen Gewerkschaften sollten ausgeschaltet werden und zwar für den ganzen Bezirk des 4. Armeekorps. Tatsächlich ist auch nur ein Vertreter im ganzen Bezirk tätig und zwar ein Mitglied des Landarbeiterverbandes.

Die eingereichte Liste für den Bezirk Magdeburg wurde vom Kriegsamt durch Erteilung eines Kandidaten zu Gunsten der H.-D. Gewerkschaften abändernt.

Weitere Aufgaben brachte das Hilfsdienstgesetz durch die Bestimmung, daß Arbeiterausschüsse in den mittleren und größeren Betrieben errichtet werden müssen. Für einzelne hiesige Betriebe mußten auf Grund dieser Vorschriften bestehende Ausschüsse erweitert werden. Bei der Firma Schäffer u. Kundenberg Grubb, bestand nach Ansicht aller Gewerkschaftsvertreter kein Arbeiterausschuß, wogegen die Direktion erklärte, daß der Krankenfassenvorstand als Arbeiterausschuß tätig sei. Bei einer Verhandlung im hiesigen Generalkommando konnte der Vertreter unseres h. Metallarbeiterverbandes darauf hinweisen, daß die Arbeitsordnung der Firma einen Arbeiterausschuß gern nicht erwähne und Beschwerden usw. nur bei den Vorgerichten angebracht werden dürften. Herr Direktor Saval blieb trotzdem auf seinem eichenden Standpunkt stehen und lehnte eine Ausschusswahl ab! Auf Anrufen mehrerer Herren erklärte er sich schließlich bereit, einer Vergütung des Ausschusses zuzustimmen, eine Wahl sollte jedoch nicht stattfinden, es sollten Vorschläge eingereicht werden und neue Verhandlungen die Sache regeln. Die Verhandlungen fanden nun statt, ohne daß unser Verband und der H.-D. Gewerbeverein Kenntnis erhielten und wurde beschlossen, daß vier neue Vertreter in den Ausschuß einzutreten sollten. Nachdem wir den Beschluss erfahren hatten, verlangten wir von den vier Sitzen einen und die H.-D. ebenfalls einen Sitz. Unser Vertreter begab sich mit dem Beamten des Gewerbevereins zur Verbandsdirektion, um diesen Vorschlag der Direktion zu unterbreiten. Hier zeigte sich sofort, daß unsere Forderung auf wenig Unterstützung zu rechnen hatte, wogegen die Gewerbeverein mehr Eintrage erhielten fanden. Ein sofort sich anschließender Besuch beim Leiter des Kriegsamts schien einer besseren Erfolg zeitigen zu wollen. Doch, wir hatten die freien Metallarbeiterverbände zu hoch eingeschätzt. Diese beschlossen, den H.-D. einen Sitz einzuräumen, die Forderung unsererseits aber abzulehnen. Um dieses Ziel zu erreichen, gaben sie ihre Zustimmung, dazu, daß statt vier nur drei Mitglieder zugezogen werden sollten, von denen die Verbände 2 und die Gewerbeverein 1 Sitz erhalten sollten. Bei einer gemeinsamen Beratungsumfrage erklärten die Gewerbeverein, an der Forderung, auch für uns einen Sitz zu verlangen, festzuhalten und im Falle der Ablehnung auf einen Sitz verzichten zu wollen. Diese Forderung haben sie auch durchgehalten, als die Forderung dahin gefallen war, daß statt 4 nur 3 neue Vertreter bestimmt werden sollen.

Den freien Verbänden wolle ich noch anmerken: Wenn sie wieder über Bedeutung des Arbeitersstandes klagen, werden wir Ihnen Ihre eigenen Taten vorhalten. Wir werden Ihnen ins Gedächtnis zurückführen, daß Sie in der Zeit des Friedens, in der Zeit, wo die Zentralverbände einsichtig zusammen traten und traten, nach dem Gründungskomitee wieder mit den Christlichen, auch wenn Sie sonst so ehrlich bestrebt sind, doch Wahl der Arbeiterschaft zu fordern!

Welche Schaden sollen nun die christlichen Metallarbeiter Magdeburgs und anderwärts aus vorliegendem ziehen? Nun, sie sollen einsehen, daß nur jeder Zusammenhalt sie zu ihren Rechten verhelfen kann! Sie sollen einsehen, daß nur durch die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes ihre Interessen getützt werden, und noch darum Ihre heilige Pflicht ist, in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern sich und einzufinden zu erhalten, bis der letzte christliche Arbeiter zwischen Verbänden befreit ist! Nur wenn sie diese Pflicht erfüllen, wird es ihnen gelingen, den roten Staub zu brechen.

Unterstehen wollen wir nun, daß der Geschäftsführer der hiesigen freien Metallarbeiter bei Heiligabendabschluß des Krieges ist, von dem wie eine andere Stellungnahme erwartet hatten. Als wie vor einigen Tagen in der hiesigen Polizeidirektion der Bericht über die hiesige Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes lese, da wurden wir uns über die ganze Haltung der F. A. darüber beklagen, gegenüber der Stellung des Bezirksrates zu stande zu bringen. Solche es also auf der Generalversammlung friedlich angehe, ja tragen kann. Der Brand und seine Gefolgschaft mögen die Sache.

Der Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes berief zum 15. April eine Versammlung ein, die einen guten Zweck anzusah. Kollege Kühn, Mitglied des Ausschusses zur Verteilung der Zwing-Geschenkmittel an Lehrer und Schülervorsteher, berichtete in trefflicher Weise über

die Aufgaben dieses Ausschusses. Hierauf referierte Kollege Götts über die Vorgänge der letzten Zeit, wobei er besonders das unruhige Verhältnis der Gegner schilderte. Er zeigte den Mitgliedern, daß nur festes Zusammensetzen hilft bringen kann und daß es Ehrenpflicht sei, den christlichen Metallarbeiterverband zu dem ihm gehörenden Einfluß zu berufen. Pflicht aller Mitglieder sei es, in den Werken offen und frei als organisierte Arbeiter aufzutreten und niemals sich von anderen Organisationen zu irgendwelchem Vorgehen verleiten zu lassen. Wollten die Gegner unsere Mitarbeit, so sollen sie vor jedem zu unternehmenden Schritt mit der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Fühlung suchen. Nur wenn wir zugezogen werden zum „Faten“, werden wir auch mit „Taten“. Einziges Gesetz der Verbände ist diese die christlichen Arbeiter nicht veranlassen, von diesem Standpunkt abzugehen.

In der Versammlung stellten sich sämtliche Meder auf den Standpunkt der Referenten und darf erwartet werden, daß auch alle Mitglieder so handeln werden. Die Hauptsache aber ist und bleibt: Heranziehen der noch nicht organisierter Arbeiter zum christlichen Metallarbeiterverband.

*

Ödenwald-Schaffhausen. Die Entwicklung unserer Ortsgruppe hat unter den Einwirkungen des Krieges ganz erheblich gelitten. Die Mehrzahl der Mitglieder wurde einberufen. Es ist sehr zu bedauern, daß nicht alle Kollegen sich während der bisherigen Zeit so betätigkt haben, wie es im Interesse unserer Organisation notwendig gewesen wäre. Nunmehr scheint es aber wieder besser werden zu sollen. Den Beweis hierfür gab unsere Generalversammlung, welche am 6. Mai stattfand und die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Wie der Kollege von Bischofing berichten konnte, hat die Ortsgruppe Ödenwald in den letzten Wochen einen erheblichen Aufschwung genommen. Die überwiegende Arbeiter seien allemal doch ein, daß Gleichgültigkeit gegenüber der Berufsorganisation nur zum Nachteil der Kollegen auslöst. Lohnverhältnisse, Lebensmittelversorgung usw., alles das sind Angelegenheiten, um die sich die Arbeiterschaft bemühen mag, will sie nicht ins Hintertreffen geraten. Einige Vorortgemeinde in hiesigen Dörfern zeigen schon recht deutlich, wohin es führt, wenn die Arbeiterschaft sich nicht organisiert. Wie geht, endlich scheint den Arbeitern eine bessere Erkenntnis zu kommen. Die Zahl der Renonzen betrug im 1. Quartal bereits 17, im Monat April dagegen haben wir diese Zahl schon überschritten. Es darf nun bestimmt erwartet werden, daß die neugetretenen Kollegen nicht nur treu zur Organisation stehen, nein, jeder muß auch bestrebt sein, die unorganisierten Kollegen aufzulösen und sie veranlassen, der Organisation beizutreten. Im Ausschuß an den Bericht hielt Kollege Kühn-Hegen einen Beitrag, in welchem er auf die rege erfolgreiche Tätigkeit hincles, welche während des Krieges von den Gewerkschaften entfaltet worden sei. Dieser Beitrag kann die Gesamtarbeiterenschaft große Erfolge verhanteln und es sei bestellt auch eine solitärbündige Pflicht der Arbeiterschaft, für den Ausschuß der Berufsorganisationen zu sorgen. Eine stark Organisierte sei es unmöglich, nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Im Anschluß an den Bericht wurden noch die Arbeiterauswahlswahlen besprochen. Selbst haben diese Arbeiterschaften nicht das geblühtende Verständnis entgegen gebracht und daher rief es, wenn heute schon Fragen kommen über die ungeeignete Tätigkeit des Ausschusses. Die Kollegen wurden aufgefordert, mit allem Nachdruck dahin zu treten, daß Ausschuß genutzt werden, die auch wichtig das Vertrauen der Arbeiterschaft rechtfertigen. Hinter dem Ausschuß muß aber auch eine straff organisierte Arbeiterschaft stehen. Gleichzeitig halten nun die überwiegende Kollegen die Gespräche und sehen ihre ganze Kraft ein, um unserem Verbande hier am Ende die notwendige Stärke zu verschaffen.

Nachdem morgens in Ödenwald die Versammlung stattgefunden hatte, fand am nachmittag auch für die Schaffhausen Gruppe eine Sitzung statt. Hier war lange Zeit keine Versammlung mehr gewesen. Doch in Schaffhausen ist noch ein treuer Stammbaum von Kollegen, der die Gewalt dafür gibt, daß auch im Balmetal der christliche Metallarbeiterverband wieder erscheint. Wie in Ödenwald, so lassen auch in Schaffhausen Lohn- und Arbeitsbedingungen manches zu wünschen übrig. Dies bestimmt ist es, daß einige Kollegen, die früher den Verband trotz zu jungen Werken, wenn was zu holen war, gerne der Ansicht sind, daß es auch ohne Verband ginge. Sie wollen keine späteren Worte annehmen. Doch das eine ist getan: Wenn unten unter Kollegen aus demselben Grund zurückkommen, so werden sie auch von diesen „Freunden“ Arbeiterschaft fordern.

Kollegen von Ödenwald-Schaffhausen! Es ist nun an der Zeit, die Löhne und Gehälter anzuhören. Hoch zu laufende Einer der Mitarbeiter dem Verbande fern. Sie zu gestalten muß die Aufgabe der Zukunft sein.

*

Büdingen. Überall in denjenigen Ländern regt sich das Organisationsleben und erfreut. Das unseres Verbandes erfreut mir, welches Aufrufung viele Ortsgruppen gemeinsam haben und wie sie in diesen Gruppen auch jetzt gleichzeitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbesserten. Nur bei uns im Odenwald scheint es die Kollegengemeinschaft immer noch nicht begreifen zu wollen, wie notwendig gerade in dieser Zeit der Verstand ist. Wenn diese Sache noch weiter anhält, werden die Schaffhauser Kollegen wieder das Radischen hören, kann sie darüber befürchtet sein, daß ohne eine gute Organisation nichts gelingen werden kann, um ihre Lage zu bejammern. Weder sollten die Gruppen zu einzelnen Verbänden zusammen und besonders die Arbeitgeber haben in den letzten Jahren ihre Organisationen sehr gepflegt und bereichert. Hier im Odenwald machen wir ja die gleiche Erfahrung. Die hier gelöste ist dem nächsten Gewerkschaftsbund gegenüber gesetzt sein, wenn wir selbst uns nicht zu organisieren. Glauben wir nicht, daß es noch dem Frieze noch wohl Zeit sei, in den Verband einzutreten. Dieser Ausschuß ist bedenklich. Die Arbeiterschaft steht

nur ein einzelnes Mittel zur Verfügung, an der sie einen Stolz hat und das ist die Organisation. Kein Arbeitnehmer darf abgrenzen. Es kann nur eine Parole geben: Sofort hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Als unser Ehrenarbeiterverband gegründet wurde, hatten wir in kurzer Zeit 500 Mitglieder. Heute rings ist es möglich sein, noch viel mehr Mitglieder zusammenzubringen, dann können wir auch ein Dokt zur rechten Zeit und am rechten Ort mitreden. Wie manches wäre zu bessern gewesen, wenn alle Kollegen treu zum Verband gekommen und für ihn geworben hätten. Heute ist es Pflicht, endlich das Versäumte nachzuholen. Unsere Kollegen brauchen im Felde, die ständig den Tod vor Augen sehen und für uns kämpfen, erwarten, daß wir in der Heimat die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen und verteidigen. Das ist unsere Pflicht, und der, welcher diese Pflicht nicht nachkommt, begeht ein großes Verbrechen an seinen kämpfenden Brüdern und am ganzen Elberfelderland. Kollegen von Böblingen! Wir wollen unsere Pflicht tun. Es soll nicht von uns helfen: Sie töten nicht, während Ihre Brüder im Schlachtfeld bluteten. Arbeiten wie für den Verband! Er half uns, als Not an uns trat. Im Jahre 1916 zahlte er hier ein Kriegsnotstand unterstüzung 610 Mark, an Wehrmachtausbildung 100 Mark und an Ehrengeld 140 Mark. Kollegen! Halten wir unsere Sache hoch. Es geht um unsere eigene Zukunft. Werben wir für den christlichen Metallarbeiterverband!

*

Recklinghausen. Endlich scheint auch unsere Gruppe aus ihrem Denurkatholikat zu erwachen, in dem sie so lange lag. Die Heilige Metallarbeiterenschaft des Ortes bestimmt sich wieder auf sich selbst und wenn wir auch noch nicht großen Erfolgen anstreben können, so mag man bedenken, daß aller Aufführung und besonders auf Schulgebäuden für den Agitator schwer ist. Wer die Lühe und Arbeit erschreckt uns nicht. Wir werden durchhalten in der Agitation für unseren christlichen Metallarbeiterverband. Vor einigen Monaten hielt die gesamte christliche organisierte Arbeiterschaft des Ortes eine Versammlung ab, um endlich wieder einmal frisches, neues Leben in die Massen hinzubringen. Kollegen kommt aus Olpe-Gart referierte über das Hirschfelderische und zum Schlusse kam er auf die hiesigen Organisationsverhältnisse zu sprechen. Wenn auch der praktische Erfolg dieser Versammlung besser hätte sein können, die christliche Arbeiterschaft Niedersachsen begann einzusehen, daß man mit Rauheit und Gleichgültigkeit nicht zum Heile kommt. Es könnte eine Mitgliederversammlung einberufen, ein Verstand gewählt, der die Leitung in die Hand nehme. Eine Jugendabteilung wurde gegründet. Weiß sie auch noch bestehende Bahnen aufzustellen, so wollen wir doch nicht rasten, sondern auch hierin unermüdlich weiter schaffen, gilt es doch, einen guten Status für die Organisation heranzubilden. In der Agitation ist der Verband sich zu beteiligen, muß jeder als seine Ehrenpflicht ansehen. Es ist doch nicht angängig, die ganze Arbeit einem Kollegen allein zu überlassen, während die anderen ihre Wege gehen. In dieser schweren Zeit muss jeder Kollege Verantwortung übernehmen, keiner darf zurückfallen oder sich mit einer falschen Aussrede an der Agitation vorüberreden. Wir kämpfen um das Wohl und Wonne der Arbeiterschaft, daran mag jeder denken und deshalb sollte auch kein Kollege die geringste Verbandsarbeit liegen lassen oder sie nur fauligig machen. Heilige Arbeit ist eines christlichen Gewerkschaftlers wichtig, das Träumen mag es anderen überlassen. Auch bei der Beitragszahlung sollte größere Plausibilität herrschen. Die Kollegen wissen doch selbst, daß ohne eine starke Kriegsliste sich für die Arbeiterschaft nichts erlangen lässt. Sie müssen aber auch, daß es keine Kapitalanlage gibt, als den Beitrag für den Verband. Ungeschickte reiche Freunde hat er schon getragen. Klein im Jahre 1915 konnte unser christlicher Metallarbeiterverband für seine Mitglieder eine Lohnzähmung von 45 Millionen Mark herauftaufen. Das ist die Größe des Beitragszahlers. Um die christliche Metallarbeiterenschaft in Reedschau ergeht der Ruf: Organisiert Euch in christlichen Metallarbeiterverband. Begeht regelmäßig die Versammlungen, lasst häufig die Beiträge, lest eifrig das Verbandsorgan, unterstüttet mit allen Kräften die Kollegen, die im Arbeiterausschuß und an anderen Stellen für Euch tätig sind. Euch regen, bringt Segen!

Berichtszeitung: Ruhender

Sittensen, den 26. Mai 1917

Düsseldorf-Bord. 8.16 Uhr bei Brauerei

Stiftungsrat, den 22. Mai 1917

Bruchhausen, 3 Uhr bei Schmid, Verkaufsstelle für Stadtliche in Bruchhausen vorhandenen Mitglieder

Connig, den 2. Juni 1917

Gesellschaft, Jugendbetreuung am 19.30 Uhr bei der Direktion, Bereichsstraße 59. Beitrag bei Kollegen nicht über Telegraphie mit und ohne Brief

Hausen I. B. Beitragsstelle. Hausen, Montag 10.30 Uhr bei Hölle wichtigster Vertragsunternehmerverband. Die Vorstandsmitglieder, Vertragsunternehmer, Vertragsfamilienfondsbank und Familien-Arbeiterverbandsmitglieder müssen sich ständig und vollständig einfinden.

Zapfenfest: Gemüse, Fleisch und Getränke. Eintrittspreise über Rechtsgaben aus dem Arbeitsmarktkontrollrat, Kaffee und Bier, erhalten die Kollegen von Hamm und Umgegend Montags den 8-12 Uhr, Dienstags 207 und Freitags Samstags im Hammischen Wirtschaftsreferat.

Bei jedem für weitere Freizeit
Gebrauch möglich

**Former und
Formmacher
Gießerei Gesellschaft**
in d. A. St. 1.
Gießereistraße 27.

**Arbeitszeugnisher
Modellmacher**
gesetz
Böhmecker Fabrik
G. Seifert, Münsterstr. 27.